

Svenja Blanke

## Demokratische Ernüchterung und partizipative Wiederbelebung in Lateinamerika

*Eine Prise Gesinnung, Gerechtigkeit als Ziel, viel demokratische Teilhabe, das Ganze eingebettet in politische Verantwortung. Diese Kombination klingt nach einem Rezept aus der sozialdemokratischen Ideenküche und fast schon zu einfach, um in den heutigen krisenhaften Zeiten mit globaler Vernetzung Realität werden zu können. Sie ist aber seit Beginn der 90er Jahre Bestandteil des Politikangebotes verschiedener linker Strömungen in Lateinamerika, die damit in verschiedenen Ländern der Region Erfolg hatten.*

Svenja Blanke

(\* 1971) ist Herausgeberin der Zeitschrift *Nueva Sociedad* (Buenos Aires) und langjährige Auslandsmitarbeiterin der FES.

sblanke@nuso.org



Das politische Lateinamerika hat eindeutig mehr zu bieten als den *caudillo*, der immer wieder klischeehaft durch die Schlagzeilen geistert. Er steht aber exemplarisch für die Personalisierung und populistische Rhetorik der Politik in Lateinamerika. Wenn die Demokratie keine fühlbaren positiven Ergebnisse hervorbringt, wenn sie in starren Verfahren gefangen ist, die von distanzierten Eliten ausgedacht und umgesetzt wurden, dann füllen Populisten die emotionale Lücke, die Ernüchterung und Apathie hinterlassen hat. Populistischer Politikstile können durchaus den Enthusiasmus wiederbeleben, ohne dass zugleich die demokratischen Verfahrensweisen in Gefahr geraten. Der argentinische Politologe Ernesto Laclau geht sogar so weit zu behaupten, dass der Populismus nur eine weitere Variante beim Ausbau der Demokratie darstellt. Wenn der Populismus also auch die Funktion hat, bisher ungehörte Stimmen aus einer »diffusen Masse« im politischen Raum wieder zu Gehör zu bringen, dann haben gerade die moderaten linken Regierungen in Lateiname-

rika, nach über 20 Jahren Regierungserfahrung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, ein Rezept zu bieten, mit dem die Demokratie befördert werden könnte.

Die Gründe für den Wahlerfolg verschiedener Parteien und Bewegungen in Lateinamerika, die den Anspruch hegen, die Liberalisierungswelle in der Region zu stoppen und dem Staat wieder seinen gestaltungspolitischen Platz zuzuweisen, sind vielfältig. Es lohnt jedoch ein Blick auf einzelne lokale Ereignisse, um einerseits den Aufstieg der Linken in Lateinamerika zu erklären und andererseits Politikkonzepte gegen die demokratische Ernüchterung zu entwickeln. So wurden in bedeutenden Kommunen sehr unterschiedlicher Länder Südamerikas zwischen 1989 und 1993 reformorientierte Bürgermeister gewählt, die das Konzept der partizipativen Demokratie ernst nahmen. In Porto Alegre (Brasilien) etwa, in Montevideo (Uruguay), Rosario (Argentinien) und Caracas (Venezuela) begann die Amtszeit der neuen progressiven Lokalregierungen mit öffentlichen Anhörungen, in denen die Bürger ihre Wünsche an die Stadt vorbringen konnten.

Rasch wurde das Konzept des sogenannten partizipativen Haushalts von anderen Städten übernommen. Heute gibt es in Brasilien um die 200, in ganz Lateinamerika über 1.000 Kommunen, die Bürgerhaushalte praktizieren. Aufgrund der langen Regierungszeit der jeweiligen Reform-

kräfte in Porto Alegre (1989-2004), Montevideo (1990-heute) und Rosario (1989-heute) lassen sich gerade für diese Kommunen demokratierelevante Schlüsse ziehen. Während der 90er Jahre wurde in diesen Städten unter anderem das System der Müllabfuhr und der Abwasserentsorgung fundamental verbessert, da die Beseitigung vorheriger Missstände den Bewohnern dieser Städte besonders am Herzen lag.

Die Forschung ist sich relativ einig: Die bürgernahen Kommunalprojekte waren insbesondere in Uruguay, Argentinien und Brasilien erfolgreich. Gründe hierfür sind die dezentraleren, lokalen Entscheidungsstrukturen, die nur schwach vertretenen institutionalisierten Oppositionsparteien und die Tatsache, dass die Regierungszeit der Reformkräfte lang genug war, um Ziele tatsächlich umsetzen zu können. Eine aktuelle Studie zum Thema bekräftigt darüber hinaus die Bedeutung des sogenannten *bottom-up*-Prinzips für den Erfolg einer partizipativen lokalen Haushaltspolitik. Je externer und entfernter die Förderung von partizipativen Haushalten politisch angesiedelt ist (in der nationalen Gesetzgebung oder bei internationalen Geberinstitutionen), desto schlechter sind die Ergebnisse. Je stärker das politische Engagement der Lokalverantwortlichen war, desto erfolgreicher war die Umsetzung der Bürgerforderungen.

Das Politikformat klingt technisch-bürokratisch. Doch hinter partizipativer Haushaltspolitik auf kommunaler Ebene verbirgt sich ein Momentum an Bürgernähe, das den Sinn für das Gemeinwesen und Miteinander wiederbeleben kann. Es kann zudem angesichts wachsender abstrakter finanz- und wirtschaftspolitischer Fragen auf nationaler Ebene sogar Leidenschaft für die Demokratie wecken. Die demokratische Ernüchterung, die sich in Lateinamerika breit machte, mittlerweile aber auch in Europa, hängt mit der Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft sowie zwischen Wählern und Gewählten zusammen. Die staatlichen Angelegenheiten

werden in repräsentativen Demokratien delegiert, von Institutionen geformt und umgesetzt. Doch es darf sich nicht das Gefühl ausbreiten, es werde möglicherweise ohne die Bürger regiert. Wenn die Regierungsmaschine nicht mit Enthusiasmus und direkten oder spontanen Prozessen geölt wird, tritt zwangsläufig Ernüchterung ein – über die Eliten, über das »System« oder die Parteien als ihre Vertreter.

Das, was die Bürgerinnen und Bürger an den Staat delegieren, muss in Form von konkreten und spürbaren Ergebnissen auch wieder am Ausgangspunkt ankommen. Die jüngste lateinamerikanische Geschichte zeigt, dass es Formen effektiver direkter Teilhabe gibt, die die lokale Armut verringert oder das Gesundheitssystem und öffentliche Dienstleistungen verbessert. Die wahren Verantwortungsethiker der lateinamerikanischen Politik paaren bürgernahe Konzepte mit erfolgreichen sozialpolitischen Ergebnissen. Auf lokaler Ebene, so zeigen es die genannten Beispiele, sollten Anstöße für eine direkte Demokratie von unten, von lokalen Vertretern kommen und dezentral organisiert werden. Dann kann von einem Mehr an Demokratie gesprochen und Enthusiasmus wiederbelebt werden. Auf nationaler Ebene ist die Organisation solcher Mechanismen komplexer und vom sogenannten Konfliktivitätsgrad des jeweiligen Landes abhängig. Nationale Referenden und Volksbefragungen sind in Lateinamerika üblich; in den letzten 30 Jahren gab es in der Region knapp über 100. Partizipative Elemente sollten die repräsentative Demokratie komplementieren; sie können soziale Konflikte institutionell kanalisieren und Konsens schaffen. Sie dürfen aber nicht als Alternative auf Kosten anderer Institutionen, wie der Legislativen oder der Parteien, von »oben« missbraucht werden. Kommt die Forderung nach staatsbürgerlicher Mitbestimmung von »unten«, von organisierten Gruppen der Bevölkerung, so ist das Risiko der politischen Manipulation geringer. ■